

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	7
		TOP:	3
	Verhandlung	Drucksache:	896/2022
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	06.02.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende		
Protokollführung:	Frau Klemm / fr		
Betreff:	Änderung der Höchstgruppenstärke gem. § 1a KiTaVO und begleitende Maßnahmen		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 26.01.2023, GRDRs 896/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von der Erhöhung der Höchstgruppenstärke gemäß § 1a Abs. 3 KiTaVO um bis zu 2 Kinder zur Versorgung von aktuell rd. 740 Kindern im Alter ab 4 Jahren ohne Kita-Platz wird Kenntnis genommen.
- 2.1. Für jedes über die betriebserlaubte reguläre Höchstgruppenstärke gem. § 1 Abs. 3 KiTaVO hinaus aufgenommene Stuttgarter Kind erhalten die freien Träger der Kindertagesbetreuung ein zusätzliches Budget von 5.500 EUR jährlich. Das Budget wird anteilig je Belegungsmonat gewährt.
- 2.2. Der städtische Träger erhält ebenfalls ein Budget entsprechend Ziff. 2.1. Dieses Budget kann, zunächst befristet bis 31.12.2023, je zusätzlich aufgenommenem Kind zur Besetzung von Stellen im Umfang von bis zu 0,137 VZK in EG 6 verwendet werden. Zur Deckung werden aktuell unbesetzte Stellen des Jugendamts (Kita-Bereich) herangezogen. Über eine Schaffung zusätzlicher Stellen ist bei Bedarf zum Stellenplan 2024/2025 zu entscheiden.
3. Die hierdurch entstehenden Mehraufwendungen von bis zu 3,74 Mio. EUR im Jahr 2023 können im THH 510 Jugendamt, Amtsbereich 5103651 Förderung von Kin-

dern in städtischen Tageseinrichtungen, Kontengruppe 42510 Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt werden.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Vorsitzende berichtet einleitend, man habe sich schon mehrfach in diesem Ausschuss mit der Thematik des Fachkräftemangels beschäftigt. Für Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren könne man den entsprechenden Rechtsanspruch aus Mangel an Erziehenden nicht erfüllen. Daraufhin habe man sich in einem Arbeitskreis mit Vertretern verschiedener Träger, einer Einrichtungsleitung und der Verwaltung intensiv mit der Frage beschäftigt, mit welchen Maßnahmen man Fachkräfte sowohl gewinnen als auch vorhandenes Personal besser halten kann, jeweils bezogen auf städtische und Einrichtungen der Träger. Im Rahmen der vier Tagungen des Arbeitskreises habe sich herauskristallisiert, dass die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher kurzfristig nicht erhöht werden könne, woraufhin man den Fokus auf eine kurzfristige Lösung gerichtet habe, nämlich, mehr Betreuungsplätze bei gleichbleibender Anzahl von Fachkräften zu schaffen, zumal das Land parallel dazu entschieden habe, die Höchstgruppenstärke – zumindest bis Sommer 2023 - flexibler zu gestalten. In der Folge habe sich der Arbeitskreis auf Maßnahmen verständigt, die, so zeigt sich BMin Fezer überzeugt, wenn auch zunächst kurzfristig und teilweise - Lösungen darstellten. Betonen wolle sie, dass damit die Probleme nicht langfristig gelöst würden, denn auf mittlere und lange Sicht benötige man mehr Fachkräfte. Zusammengefasst gebe man den Trägern mit der GRDRs 896/2022 die Möglichkeit, die Höchstgruppenstärke nach Rücksprache mit den Einrichtungen flexibel und auf freiwilliger Basis um bis zu 2 Kinder je Gruppe zu erhöhen. Dabei werde die Verwaltung keine Zuweisungen vornehmen, sondern setze auf die fundierte Praxiserfahrung der jeweiligen Träger und Einrichtungen und habe bereits entsprechende Vorschläge der Träger eingeholt, die man nach der heutigen Beschlussfassung, auf die sie hoffe, in die Umsetzung bringen könne. Gleichwohl hätten die Träger bereits im Vorfeld darauf hingewiesen, dass nicht einfach Gruppen aufgestockt werden könnten, sondern die jeweilige Einrichtung und Gruppe in ihrer Arbeit unterstützt werden müsse. Dafür stelle die Stadt pro zusätzlichem Kind und Jahr 5.500 € zusätzlich zur Verfügung. Wie diese Mittel eingesetzt würden, obliege den Einrichtungen. Man hoffe, insbesondere die Kinder zu erreichen - und wolle diese auch prioritär behandeln -, die jetzt kurz vor Schulantritt stehen, um anschließende Bildungsdefizite in den ersten Grundschulklassen zu vermeiden. So könne ein Kind, das bereits in der Kita Deutsch lerne, gute Erfolge in der Grundschule erreichen. Dabei handele es sich um ca. 750 Kinder, denen man nicht allen, aber deutlich mehr als bislang, einen Platz anbieten könne.

Abschließend dankt BMin Fezer den Mitgliedern des Arbeitskreises für ihre konstruktive Arbeit in dem komplexen Prozess.

Dem schließen sich StR Lazaridis und StR Dr. Nopper an. Ihren Dank für den Bericht bekunden StR Lazaridis (90/GRÜNE), StR Dr. Nopper (CDU), StRin Meergans (SPD), StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) sowie StR Sailer (FW). Frau Weegmann bedankt sich für die Ideen – sie leisteten einen Beitrag zu weiteren Diskussionen.

Zustimmung zu der Vorlage signalisieren StR Lazaridis, StR Dr. Nopper, StRin Meergans mit erheblichen Vorbehalten, StRin Hübsch (PULS) und StR Sailer (FW).

Nach einer zunächst geäußerten Zustimmung korrigiert StR Pantisano dies im Verlauf der Aussprache: Er könne nur unter der Maßgabe zustimmen, dass eine langfristige Lösung des Grundproblems Fachkräftemangel gesucht werde.

StR Dr. Nopper meint, man habe das Beste aus der gegebenen Situation gemacht, indem man sich der demografischen Situation stelle. Das sieht auch StR Sailer so. Er ist zufrieden, dass die Träger und Kitas Handlungsfreiheit nach eigenem Bedarf hätten; im Notfall müssten zeitweise ggfs. auch die Eltern z. B. zum Kochen einspringen. Sie freue sich über das Ergebnis, sagt StRin Hübsch, und vor allem über die gemeinschaftliche Arbeit und die einhellig fachkundig ausgearbeiteten Inhalte und Lösungen.

Neben StR Pantisano und StRin Hübsch sprechen auch Herr Biermann und Frau Weegmann weiterführende Maßnahmen nach Auslaufen der Regelung ab 01.09.2023 an. Herr Biermann bekräftigt, es sei notwendig, Perspektiven zu schaffen und verweist auf zahlreiche bereits vorliegende Vorschläge, während Frau Weegmann auf die sich ihrer Ansicht nach weiter zuspitzende Situation aufmerksam macht. Auf die verschiedentlich geäußerte Frage nach einer Fortführung der Arbeitsgruppe sagt BMin Fezer zu, diese werde auf jeden Fall ebenso fortgesetzt wie die Gesamtdiskussion, sei doch das eigentliche Problem mit dem kurzfristigen Lösungsvorschlag nicht gelöst. Im Übrigen sei man auch nicht glücklich mit der Regelungsbefristung des Landes mit Mitte 2023.

StR Pantisano kann sich eine halbjährliche Evaluation und ggfs. Anpassung der Vorlage ebenso wie der Auswirkungen von vergrößerten Kita-Gruppen vorstellen. StRin Hübsch interessieren zudem Kriterien und Messwerte für eine Auswertung. Herr Schulze-Gronemeyer regt an, im Rahmen einer Untersuchung die Wirkungen der Maßnahmen – auch auf den Gewinn von Fachkräften – zu überprüfen. Selbstverständlich werde evaluiert, so die Vorsitzende. Eine wissenschaftliche Begleitung wie sie StR Pantisano vorschläge, ergänzt Frau Dr. Heynen, sprengt den Rahmen, man werde aber in einschlägigen Studien recherchieren bzw. jemanden zu der Thematik einladen.

Die Gesamtproblematik Fachkräftemangel existiere bundesweit, sagt StR Lazaridis und führt beispielhaft die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz an, die zu ähnlichen Schlussfolgerungen im schulischen Bereich komme. Der Präsident des Gemeindetags, Steffen Jäger, sei sogar der Meinung, "das Kita-System steuere auf einen Kollaps zu". Damit habe er eindrücklich die Problematik und die Notwendigkeit der Flexibilisierung deutlich gemacht. Nach teilweise emotionalen Diskussionen finde er den gemeinsam mit den Trägern auf sachlicher Ebene erarbeiteten Kompromiss sehr gut. Die Fokussierung auf Kinder ab 4 Jahren sei evident und richtig. Gleichwohl weise er auf die belastende Situation für die Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen hin. Ihn freue die konstruktiv-kritische Begleitung und die Positionierung des Gesamtelternbeirats (GEB) Kita Stuttgart, und er beantrage mündlich eine Stellungnahme der Verwaltung zu dessen Vorschlägen. Die Vorsitzende sagt zu, dem Antrag nachzukommen, dem sich StRin Meergans anschließt – aus Sicht der SPD-Fraktion dürfe nicht das falsche Signal ausgesendet werden, dass nur noch mehr Leistung der Einrichtungen die Unterstützung rechtfertige. Vielmehr müsse das System Kita generell mehr gestützt und stabilisiert werden. Die Vorschläge der KdGEB Kita seien konstruktiv, aber es bedürfe auch konkreter Vorschläge der Verwaltung zur strukturellen

Verbesserung der Situation in den Kitas ebenso wie einen Einsatz der Stadt dazu auf Landesebene. Das teilt Frau Weegmann; Bildungsgerechtigkeit liege allen am Herzen – aber ebenso die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. StR Pantisano vermisst den GEB Kita im Arbeitskreis, zumal dieser im Jugendhilfeausschuss (JHA) um Teilnahme gebeten habe, aber offensichtlich nicht eingebunden worden sei. Der Elternbeirat könne auch zur Verständigung nach außen beitragen und ein Bindeglied darstellen, bekräftigt Frau Reinholdt. Spätestens in der Schule stoße man auf diejenigen Kinder, die jetzt in den Kitas gefördert werden müssten.

Ihre Fraktion, so StRin Meergans, sehe die Erhöhung der Höchstgruppenstärke kritisch und eine große Gefahr, das Fachkräfte-Problem zu verschlimmern. Das befürchtet auch Frau Reinholdt, die nach der Haltung der betroffenen Mitarbeitenden fragt. Sie Sorge sich bei der vorgelegten Lösung um die Überlastung der Fachkräfte und Leitungen – zwei Kinder pro Gruppe heiße auch doppelt so viele Elterngespräche und mehr Verwaltungsarbeit, was letztlich nicht nur die Qualität beeinträchtige, sondern potenzielle Fachkräfte ggfs. von einer Bewerbung abhalte oder vorhandenes Personal in die Teilzeit treibe. Die Reaktion der Betroffenen, führt Frau Dr. Heynen aus, sei sehr unterschiedlich. Trotzdem könne man es nicht zulassen, dass ein Kind im Alter von 5 oder 6 Jahren keine Kita besuchen kann. StRin Meergans fährt fort, die Koppelung der Möglichkeit einer Abweichung von der Höchstgruppenstärke mit weiterer Unterstützung veranlasse sie schweren Herzens zu einer Zustimmung zu der Vorlage im Sinne der Kinder. Sie erkennt damit auch den maßvollen Vorschlag der Verwaltung an, vor allem den Vorschulkindern eine adäquate frühkindliche Bildung zu ermöglichen und hofft, dass von der Möglichkeit ebenso maßvoll Gebrauch gemacht wird. Allerdings sieht sie Beschlussziffer 1. ambivalent, weil man ihrer Meinung nach darin nicht Kenntnis von der Höchstgruppenstärke, sondern von der Möglichkeit der Abweichung nehme. Schließlich strebe man Letzteres nicht flächendeckend an. Des Weiteren falle auf, dass bei Beschlussziffer 2.1 die in der Einführung durch die Vorsitzende erwähnte Zielgruppe - Kinder ab 4 Jahre - nicht mehr explizit erwähnt werde, was ggfs. noch spezifiziert werden müsse. Bei den städtischen Trägern sei man in besonderer Verantwortung. Ihrer Fraktion sei es deshalb wichtig, dass die von BMin Fezer angekündigte Unterstützung tatsächlich zu dem Zeitpunkt in der Einrichtung vorhanden sei, wenn zusätzliche Kinder die Kita besuchen. Dem schließt sich StRin Hübsch an. Zudem, so StRin Meergans weiter, müssten die entlastenden Maßnahmen bei denjenigen ankommen, die unmittelbar mit den zusätzlichen Kindern arbeiten und eben nicht in administrativen Aufgaben verschwimmen. Das ist auch StRin Höh (FDP) wichtig. Selbstverständlich, so die Vorsitzende, werde ohne die in der Vorlage aufgeführten flankierenden Maßnahmen nichts unternommen. Die Frage von StRin Meergans nach der Anzahl von Rückmeldungen an die Verwaltung zu der Vorab-Platzanfrage kann BMin Fezer zufolge noch nicht abschließend beantwortet werden.

Positiv sei, beginnt StR Pantisano seine Ausführungen, der Beschluss zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV im Zuge des Deutschlandtickets sowohl für die städtischen Erzieher*innen als auch für die der freien Träger. Er sehe gleichwohl die Stadt weiterhin in der Frage des Fachkräftemangels in der Verantwortung, unter anderem den Forderungen von ver.di bei den anstehenden Tarifverhandlungen, vor allem hinsichtlich der Bezahlung, nachzukommen. Dem schließt sich Herr Wiese an. Neben der Bezahlung jedoch hebt StR Pantisano die zunehmend schlechter werdenden Arbeitsbedingungen durch den Mangel an Personal hervor. Mit der vorliegenden Beschlussfassung fördere man diesen unguten Kreislauf und erschwere den Erzieherinnen und Erziehern die Ausübung ihres Berufs zusätzlich. Spätestens zu den nächsten Haushaltsplanberatun-

gen müsse man aktiv Veränderungen durchsetzen, wie z. B. die Erhöhung der Anzahl an Fachkräften, auch um zusätzliche Gruppen in den vorhandenen, aber mangels Personal nicht genutzten freien Räumen einzurichten. Der vorgelegte Kompromiss sei schmerzhaft, der Stadtrat kann dem aber angesichts der dargelegten Argumente für den festgelegten Zeitraum folgen.

Der zum Beschluss stehende Kompromiss, so Frau Weegmann, sei nur ein erster und kurzfristig umsetzbarer Schritt. Natürlich müsse man über den Gewinn zusätzlicher Fachkräfte und anderen Personals nachdenken. Letzteres müsse aber auch entsprechend qualifiziert werden, gibt sie ebenso zu bedenken wie die Tatsache, dass die Höchstzahl-Regelung nur für die Gruppen in Frage komme, die bereits die volle Fachkraftzahl und damit volle Platzbelegung erreicht hätten. Das bestätigt Frau Dr. Heynen. Frau Weegmann fährt fort, in ihrer Einrichtung könnten demnach von 80 nur 5 Gruppen zusätzliche Kinder aufnehmen, was wiederum genau den Fachkräftemangel widerspiegele. Das Verhältnis zwischen Kindern und Fachkräften sei aber durchaus richtig, stellt sie klar, denn man habe in letzter Konsequenz zu wenige Fachkräfte und dadurch auch zu wenige Kinder.

Sie finde es grandios, führt StRin Höh aus, dass man es in einem unkonventionellen Schritt schaffe, so vielen Kindern den ersten "Schreibtisch und Stuhl" für ihre Bildung zur Verfügung zu stellen. Positiv erwähnt die Stadträtin die Möglichkeit der Einzelfallentscheidung zur Aufnahme zusätzlicher Kinder, auch im Falle von Inklusion, in den Einrichtungen selbst. Sie meine, man dürfe nicht reflexartig gewisse Missstände mit dem Ruf nach mehr Personal beantworten, zumal man sich mit dem Fachkräftemangel einfach abfinden und an anderen Punkte ansetzen müsse. Im Übrigen würden die Gruppen in den Kitas jährlich durch Schuleintritte ohnehin minimiert und nicht immer seien alle Kinder da, sodass sie die Sorge überbordender Gruppen von StR Pantisano ebenso wenig teilt wie BMin Fezer, die bestätigt, in den Gruppen finde eine natürliche Fluktuation statt.

Herr Schulze-Gronemeyer merkt an, die Vorlage sei sehr wichtig, hebt die Vorzüge hervor und plädiert für Zustimmung. In Anbetracht seiner Erfahrungen mit den bisher eher negativen Reaktionen auf die Erhöhung der Höchstgruppenstärke durch das Land gehe die Vorlage in die richtige Richtung. Sie zeige, dass die Verwaltung die Situation der Fachkräfte vor Ort sehe und stelle ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung. Er sehe die Stadt in einer Vorreiterrolle bei der Lösung der Problematik. Die Wirkung hingegen könne man nicht vorhersehen. Er glaube aber an positive Auswirkungen für Erziehende und den Gewinn an Mitarbeitenden, vielleicht auch von Nicht-Fachkräften.

In der Vorlage stecke die Anerkennung der schwierigen Situation der Kitas, bestätigt Herr Biermann eine weitere Aussage von Herrn Schulze-Gronemeyer, denn die Entscheidung über das Vorgehen in den Einrichtungen obliege den jeweiligen Erzieher*innen vor Ort und zwingt niemanden zu einer bestimmten Entscheidung.

Für die Wortmeldungen dankt BMin Fezer, vor allem für die positiven Stellungnahmen. Die Vorlage sei innerhalb kürzester Zeit mit unterschiedlichen Akteuren unter Berücksichtigung aller Befürchtungen und Punkte erstellt worden. Man sei einmal nicht bei den Bedenken stehengeblieben, und das zeichne das Papier aus. Sie appelliere an die Zuversicht und Entschlossenheit aller voranzugehen und wünsche sich Zustimmung und Motivation zur Weiterarbeit.

Darin und in den vorherigen Äußerungen von Herrn Biermann, die schwierige Situation sei anzuerkennen, sieht StRin Meergans einen Widerspruch und kann nicht versprechen, gegenüber den Betroffenen die zuversichtliche Haltung der Vorsitzenden zu kommunizieren.

Dem erwidert BMin Fezer, in ihrer langjährigen Zuständigkeit als Bürgermeisterin für die Kitas sehe sie durchaus die Problematiken. Umso mehr dränge es sie, zu Lösungen und Schritten vorwärts zu kommen. Man dürfe sich nicht im Lamento über den Fachkräftemangel erschöpfen. Sie freue sich über die getroffene Entscheidung – die Gesamtsituation hingegen werde für sie erst dann positiv, wenn es genügend Erzieherinnen und Erzieher gebe, und dafür wolle sie alles in ihrer Macht Stehende und Sinnvolle tun. Mitnichten rede sie die Situation schön, aber sie freue sich über den gemeinsamen Vorschlag, weil er ein guter Schritt in die richtige Richtung sei.

StR Pantisano stellt klar, man begegne lediglich einer Notsituation, es handle sich nicht um einen guten Schritt zur Beseitigung des grundlegenden Problems des Fachkräftemangels, für das weiterhin Lösungen gesucht werden müssten. Sollte das nicht das Ziel sein, könne er der Vorlage nicht zustimmen, seien doch letztlich die Kinder und die Mitarbeitenden unmittelbar von den Auswirkungen betroffen.

Man müsse sich vor Augen halten, so Frau Dr. Heynen daraufhin, dass es nicht um die ohnehin überlasteten Gruppen gehe, sondern um diejenigen, die volles Personal hätten. Das trägerübergreifend entstandene Konzept könne gemeinsam mit den einzelnen Einrichtungen und Teams unter der Prämisse der Machbarkeit betrachtet werden und sei nur eine Stellschraube unter vielen, während natürlich weiter nach Lösungen gesucht werde.

Er finde die Verwässerung der eigentlich guten und ernsthaften Diskussion am Ende der Aussprache schade, fasst StR Lazaridis zusammen. Die Botschaft sei, man könne in Stuttgart bei allen Schwierigkeiten und unter den gegebenen Voraussetzungen Dinge mit einem breiten Konsens entscheiden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt ab.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Klemm / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 6. GPR (2)
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand